

Zum anderen erhält jedes Mitglied der Stadtparteiorganisation die Möglichkeit, sich persönlich beim 1. Sekretär oder bei einem anderen leitenden Genossen Rat zu holen.

Bewährt haben sich auch die Konsultationen, die jede Woche von leitenden Genossen der Stadtleitung durchgeführt werden.

Das Sekretariat gewährleistet, daß alle an die Stadtleitung gerichteten Hinweise, Vorschläge und Kritiken ordnungsgemäß registriert und bearbeitet werden. Und zwar nicht nur die schriftlichen Eingaben, sondern auch die Hinweise aus Mitgliederversammlungen, Leitungssitzungen der Grundorganisationen und die Fragen, die auf den Agitatorenkonferenzen der Partei oder in Einwohnerversammlungen gestellt werden. In jedem Fall erhalten die Genossen bzw. Parteilozen eine Antwort.

Durch diese zielstrebige Arbeit ist die Zahl der an die Partei gerichteten Eingaben angewachsen. Waren es im IV. Quartal 1964 50 Bürger, die sich mit Vorschlägen und Kritiken an die Stadtleitung wandten, so wurden in den ersten zwei Monaten 1965 bereits 60 registriert.

Das ist einerseits positiv. Es zeigt, daß das Vertrauen zur Partei gestiegen ist. Es ist aber gleichzeitig ein Zeichen für die noch ungenügende Arbeit der staatlichen Organe und anderer Institutionen. So lenkte die Analyse der Eingaben die Aufmerksamkeit der Stadtleitung auf Mängel in der Leitungstätigkeit der Abteilung Handel und Versorgung beim Rat der Stadt, im Stadtbezirk West und im Dienstleistungskombinat „Fix“. Das Sekretariat der Stadtleitung führte in den Parteiorganisationen dieser Institutionen und Betriebe die Auseinandersetzung.

Die Kritik am Dienstleistungskombinat „Fix“ wurde im Rat der Stadt behandelt. Zur Veränderung wurde ein Maßnahmeplan ausgearbeitet und erreicht, daß die Lieferzeiten für Trockenwäsche, die vor dem sechs Wochen betrug, jetzt auf zehn Tage verkürzt werden konnten. Die Arbeitsproduktivität konnte um 25 Prozent erhöht werden, ohne daß zusätzliche Investitionen in Anspruch genommen werden mußten.

Eine wichtige Seite der Arbeit mit den Beschwerden der Bevölkerung ist die Herstellung persönlicher Kontakte zu den Menschen, die sich vertrauensvoll an die Parteiorgane wenden. Die Stadtleitung Karl-Marx-Stadt hat dazu eine ehrenamtliche Gruppe — vorwiegend aus Parteiveteranen — gebildet, die mit diesen Bürgern Aussprachen führen und auch kontrollieren, ob die Beschwerden zur Zufriedenheit erledigt werden.

Man kann sagen, daß diese Arbeit dazu beigetragen hat, das Vertrauen vieler Einwohner in Karl-Marx-Stadt zu unserer Partei und zu unserem Arbeiter - und - Bauern - Staat weiter zu festigen. Das beständigen u. a. die Dankschreiben von Genossen und parteilozen Bürgern an das Sekretariat der Stadtleitung.

Bestandteil der sozialistischen Demokratie

Die meisten Eingaben sind erklärlicherweise an die örtlichen staatlichen Organe gerichtet. Eine erstrangige Aufgabe der Kreisleitungen sollte darin bestehen, zu kontrollieren, wie die Parteiorganisationen in den Räten durch ihre Erziehungsarbeit gewährleisten, daß die Mitarbeiter der Staatsorgane alle Eingaben entsprechend den Staatsrats-

erlaß vom 27. Februar 1961 sachkundig und termingerecht bearbeiten.

Die Parteiorganisationen in den staatlichen Organen sollten bei ihrer politischen Massenarbeit immer daran denken, daß jede Eingabe eine Form der Mitarbeit an der Leitung unseres Staates ist. Bei der Entwicklung unserer sozialistischen Demokratie kommt es darauf an, auch diese Form der Mitarbeit weiter auszubauen.

Es widerspricht doch beispielsweise sämtlichen Parteibeschlüssen und dem Wesen unseres sozialistischen Staates, wenn Bürger von Mitarbeitern staatlicher Organe nicht zufriedenstellend oder gar grob und herzlos behandelt werden.

Mit solch einem Fall von Herzlosigkeit hatte sich vor kurzem das Sekretariat der Kreisleitung Hohenstein-Ernstthal zu befassen. Mit Zustimmung des Rates des Kreises hatte das Kreisgericht für eine alleinstehende Frau mit zwei Kindern, die kurz vor der Geburt eines dritten Kindes stand, die Räumung ihrer Wohnung ausgesprochen. Als Grund wurde die Eigenbedarfsklage des Hausbesitzers angegeben. Den Antrag auf Aussetzung der Räumung lehnte das Kreisgericht ab. Die Frau wandte sich mit einer Beschwerde und mit der Bitte, ihr zu helfen, an die Kreisleitung. Der 1. Sekretär prangerte vor dem Kreistag dieses grobe und herzlose Verhalten von Staatsfunktionären an und forderte eine Korrektur der Anweisung; das ist inzwischen geschehen. Die Parteiorganisationen im Rat des Kreises und im Kreisgericht haben diesen Fall zum Anlaß genommen, in den Mitgliederversammlungen und mit allen Mitarbeitern grundsätz-